



Hauptausschuss (20.) und Innenausschuss (15.) (zu TOP 1)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

12:40 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU) (HPA)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkt:

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss führt eine öffentliche Anhörung zu dem Thema durch. Den Statements der Sachverständigen schließen sich Nachfragen von Abgeordneten an. Die Seitenzahlen auf der nächsten Seite kennzeichnen den Beginn der Statements.

Institution	Redner-/in	Stellungnahme	Seiten
Universität Bielefeld, Fakultät für Rechtswissenschaft	Prof. Dr. Christoph Gusy	14/629	1, 31
Ruhr-Universität Bochum, Juristische Fakultät	Prof. Dr. Stefan Huster	14/641	4, 32, 36
Prof. Dr. Wolfgang Roth, LL.M., Rechtsanwalt, Bonn	Prof. Dr. Wolfgang Roth	14/645	6, 33
Prof. Dr. Erhard Denninger, Königstein		14/640	
Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin	Prof. Dr. Martin Kutscha		8, 34
Prof. Dr. Kyrill Schwarz, Dinkelsbühl	Prof. Dr. Kyrill Schwarz	14/650	11, 30, 37
Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln	Dr. Gunter Warg	14/639	16, 35, 37
Humanistische Union, Berlin	Dr. Fredrik Roggan, Rechtsanwalt, Stellvertretender Bundesvorsitzender	14/628	18, 39
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen	KHK Klaus Wiescher	14/636	20
Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	Bettina Sokol	14/625	23

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelberatung der Haushaltsansätze, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 - Landtag 41

(Keine Diskussion)

Einzelplan 02 - Ministerpräsident 41

und

Einzelplan 15, Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung 41

Der Ausschuss diskutiert über die Themen „Unterstützung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“, „Politische Schwerpunktsetzung“, „Medien“, „Landesvertretung Brüssel“, „Reduzierung von Transferleistungen“, „Personalhaushalt der Staatskanzlei“, „EU-Mittel und Kofinanzierung“ und „Landeszentrale für politische Bildung“.

3 Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten - Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) 48

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2478

- Verfahrensvereinbarung

4 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR) 48

Vorlage 14/680

- Ausführliche Diskussion über das Verfahren

5 Verschiedenes 53

(Keine Diskussion)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelberatung der Haushaltsansätze, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 - Landtag

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin**, bestätigt auf Nachfrage von Sylvia Löhrmann (GRÜNE), dass kein Dissens mehr zwischen Parlament, Präsidium, Ältestenrat und Finanzminister bestehe und der Haushaltsentwurf mit den Vorabsprachen übereinstimme.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

und

Einzelplan 15, Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung

Was den Einzelplan 02 anbelange, so sei er, meint einleitend der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, in fast allen Bereichen mit Ausnahme der Kulturförderung, die aus Sicht der Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode verdoppelt werden solle, durch Konsolidierung geprägt.

Der Minister nennt dann die für die Unterstützung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft veranschlagten Mittel: In Kapitel 020 30 - Europa und internationale Angelegenheiten -, Titelgruppe 60 - EU-Ratspräsidentschaft 2007 in Deutschland - 170.000 € und in Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union -, Titel 541 00 - Aufwendungen für Veranstaltungen, Kontaktpflege und Besucherbetreuung - zusätzlich 30.000 €.

Die Unterstützung schlage sich allerdings nicht in erster Linie in Finanzen, sondern in inhaltlicher und politischer Begleitung nieder.

Die Landesregierung gehe von einem Festhalten von Bundesregierung, Bundeskanzlerin und Bundesaußenministerium an den Schwerpunkten, so, wie nach der gemeinsamen Sitzung von Bundeskabinett und Kommissionspräsident Barroso in Berlin übermittelt, aus. Ferner erwarte die Landesregierung jeweils eine Tagung von informellen Räten in allen 16 Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen auch mehr als eine.

Als einziges Bundesland habe Nordrhein-Westfalen bisher das Thema „bessere Rechtssetzung“ ressortübergreifend aufgegriffen und freue sich über die Ankündigung von Kommissar Verheugen, dass es einen Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft bilden werde.

Die Landesregierung wolle den Abgeordneten beziehungsweise auf einer Internetseite auch den Bürgerinnen und Bürgern die geplanten Aktivitäten für das erste Halbjahr 2007 spätestens im November vorstellen.

Im Rahmen seiner Anmerkungen geht **Wolfram Kuschke (SPD)** zunächst auf den Aspekt „politische Schwerpunktsetzung/Profil“ ein: Ein Haushalt müsse beides nicht zwingend ausweisen, aber es wäre wünschenswert. Die SPD-Fraktion vermisse Entsprechendes im Haushaltsentwurf, etwa in Bezug auf die Europapolitik, zu der bisher noch nicht einmal ein Programm existiere, welches die Richtung verdeutlichen, die Aktivitäten vor dem Hintergrund der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft skizzieren, Aussagen zur Positionierung der Landesregierung im Zusammenhang mit der Erweiterung und Optimierung von regionalen Aktivitäten und Ähnliches mehr enthalten könnte.

Auch **Sylvia Löhrman (GRÜNE)** betont das Fehlen einer klaren Perspektive für die NRW EU-Politik, vor allem angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Es scheine, als werde die Europapolitik „auf Sparflamme gekocht“.

Das Gleiche gelte, fährt **Wolfram Kuschke (SPD)** fort, für den Komplex „internationale Beziehungen“.

Als noch gravierender bewerte seine Fraktion die Situation auf dem Sektor Medien: Die Auswirkungen der bereits im Haushalt 2006 erfolgten Kürzungen des Ansatzes für die Filmstiftung kenne zumindest die SPD-Fraktion nicht, wisse auch nicht, was in Zukunft mit dem Gesamtkomplex Medien, beispielsweise mit der gemeinsam von Landtag und Landesregierung durchgeführten Veranstaltung „Tage der Medienkompetenz“, geschehen solle und wie die Erfahrungen mit dem in inhaltlich-konzeptionell anderer Form und mit anderer Ausgestaltung durchgeführten Medienforum aussähen. - Dem schließt sich **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** an.

Mit Blick auf die Filmstiftung erinnert **MDgt Annette Storsberg (Staatskanzlei)** an die Kürzungen im Haushalt 2006 und bringt Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dieses Niveau für 2007 nicht weiter absenken zu müssen. Es handele sich sicherlich um schmerzliche, angesichts der allgemeinen Konsolidierungsbemühungen dennoch zu verschmerzende Einschnitte. Außerdem verfüge keine andere Filmstiftung in Deutschland über mehr Mittel als die nordrhein-westfälische.

Bezüglich der erheblichen Einsparungen beim Medienforum in Höhe von 900.000 € hoffe man auf eine Beibehaltung des Geschäftsvolumens durch effizienteren Mitteleinsatz und die Beteiligung Dritter.

Das Weniger von 100.000 € im Bereich der Medienkompetenz erscheine deshalb vertretbar, weil die tatsächlichen Ausgaben im letzten Jahr mit dem neuen Ansatz nur um 40.000 € unterschritten würden.

Mit dem Stichwort „Landesvertretung Brüssel“ will sich **Wolfram Kuschke (SPD)** heute nicht vertieft befassen, da gemäß der Verabredung der Fraktionen der Leiter der Landesvertretung ohnehin am 9. November an der Ausschusssitzung teilnehme. Es biete sich also an, bei dieser Gelegenheit dann über die Haushaltsansätze und die konkreten Baupläne zu diskutieren. - Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, begrüßt diesen Verfahrensvorschlag.

Auf ein gemeinsames Handeln des Ausschusses wie in der Vergangenheit hofft **Wolfram Kuschke (SPD)** auch jetzt wieder in Bezug auf das Problem, welches die Europa-Union - wie in früheren Jahren - mit Blick auf die entsprechenden Ansätze im Haushaltsentwurf befürchte.

MDgt Annette Storsberg (StK) erinnert an die 2006 praktizierte 20%ige Reduzierung der Transferausgaben mit Ausnahme der für drei sensible Bereiche - der für die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, für die Stiftung „Entwicklung und Frieden“ und die Europa-Union -, denen man diese Reduzierung in einem Schritt zum Schutz der Begünstigten nicht habe zumuten wollen. Die Kürzungen erstreckten sich bei den Genannten auf vier Jahre und Fünf-Prozent-Schritte. Diese damals zugunsten der Empfänger eingeführte prozentuale Streckung werde nunmehr abgearbeitet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zitiert aus dem schriftlichen Bericht der Staatskanzlei zur Einführung in den Einzelplan 02 - Vorlage 14/651 -: „Die Landesregierung tut, was sie angekündigt hat“. - Angekündigt habe die Landesregierung für jeden spürbare Einsparungen. Auf Seite 6 der Vorlage dokumentiere sich angesichts zusätzlicher Stellen in der Staatskanzlei, genauer: angesichts neuer Stellen für Spitzenfunktionen im Bereich des Ministerpräsidenten - allerdings das genaue Gegenteil. Man produziere damit Personalmehrkosten von jährlich 675.000 €.

Die von der Staatskanzlei gekennzeichneten Minderausgaben resultierten nicht etwa aus wirklichen Einsparungen, sondern beruhten auf dem Streichen von im letzten Haushalt veranschlagt gewesenen Mitteln für besondere Ereignisse im Jahre 2006 wie den Weltjugendtag, die 60-Jahr-Feier, das Japan-Jahr. Diese Reduzierung könne von daher nicht als „Konsolidierungsanstrengung der Koalition der Ernüchterung abgefeiert“ werden.

Einer Präzisierung vonseiten der Landesregierung bedürfen nach Auffassung von **Wolfram Kuschke (SPD)** ohne Zweifel die von seiner Vorrednerin eben erwähnten, gerechnet bis 2010 mit Mehrkosten von rund 2,7 Millionen € einhergehenden Personalaufstockungen in der Staatskanzlei, angefangen bei einem neuen Staatssekretär über dessen engste Mitarbeiter bis hin zu den Gruppen- und Referatsleitungen.

Ilka von Boeselager (CDU) widerspricht der Darstellung ihrer beiden Vorredner in Bezug auf die Personalsituation in der Staatskanzlei. Denn es werde sehr wohl neu strukturiert mit in der Folge einer Einsparung von sieben Stellen. Außerdem begründeten sich die jährlich wachsenden Personalkosten mit den generell in Ansatz zu bringenden 30%igen Pensionsrückstellungen. Unter dem Strich werde also gespart, auch wenn dabei in 2007 naturgemäß wegfallende Kosten anteilig hineinspielten.

MDgt Annette Storsberg (Staatskanzlei) erinnert an den seinerzeit vom Chef der Staatskanzlei zur Umstrukturierung in der Staatskanzlei im Hauptausschuss abgegebenen Bericht und die Diskussion darüber auch im Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses. Die finanziellen Konsequenzen habe die Staatskanzlei in der Vorlage 14/651 nochmals schriftlich dargelegt.

Zu unterscheiden gelte es zwischen den wegen der neuen Gruppen- und Referatsstruktur notwendigen zusätzlichen drei Beamtenstellen - dem gegenüber ständen 13 kw-Vermerke; der Haushaltsentwurf schließe alles in allem mit einem Minus von sieben Stellen ab - und den über eine Ergänzungsvorlage zu beantragenden Planstellen für einen neuen Staatssekretär plus persönliche/m/r Referent/in plus Sekretär/in und Fahrer/in.

Nicht als Vorwurf - er, **Wolfram Kuschke (SPD)**, wisse um die Kompliziertheit der Materie, gerade weil sich diverseste diesbezügliche Ansätze in den unterschiedlichsten Einzelplänen fänden - interpretiert werden möge seine erneute Forderung nach einer zusammengefassten Übersicht über die EU-Programme und deren Kofinanzierung im Haushalt.

Die Bitte, eine Übersicht über die zukünftige Verwendung der EU-Mittel, über die Kofinanzierung für 2007 bis 2013 und damit verbunden weitere Informationen zu liefern, nimmt der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, gerne mit. Tangiert seien über den EFRE, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, über den EFF, den Europäischen Sozialfonds, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, und über ELER, dem Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung, das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz neben natürlich dem Finanzministerium.

Markus Töns (SPD) dankt Minister Breuer für dessen Angebot und bittet, in diesem Rahmen das Verfahren aufzuzeigen, wie man mit den aus dem für 2007 anstehenden Übergang in eine neue Förderperiode mit Blick auf zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgewickelte Projekte erwachsenden Problemen umgehen wolle.

Ilka von Boeselager (CDU) erinnert an die vergeblichen Versuche der damaligen CDU-Opposition, von der rot-grünen Landesregierung die nun von der oppositionellen SPD-Fraktion gewünschten Angaben - auch sie begrüße allerdings die Bereitschaft Minister Breuers dazu - zu bekommen, und verweist auf die noch fehlenden konkreten

Brüsseler Entscheidungen für die Förderperiode ab 2007. Solange diese nicht vorlägen, könne die Landesregierung darauf auch noch nicht im Einzelnen Bezug nehmen.

Wolfram Kuschke (SPD) betont, er wisse um die Schwierigkeit der Auflistung der Strukturfördermittel getrennt nach Ressorts, doch verlange niemand, wie von Ilka von Boeselager in die Debatte geworfen, spekulative Aussagen beispielsweise über das noch ausstehende operationelle Programm, sondern Aussagen basierend auf belastbaren Daten aus den Einzelplänen; und zwar vor dem Hintergrund, dass unter anderem bei EFF- und EFRE-Mitteln im Zusammenhang mit der Kofinanzierung auch in anderen Einzelplänen etatisierte Landesmittel herangezogen würden, was zur Unübersichtlichkeit beitrage. Hinzu kämen die Anforderungen betreffend die Kofinanzierung durch Dritte. Eine entsprechende Darstellung unter Einbeziehung der einzelnen betroffenen Ressorts in einem Tableau diene der Transparenz und damit einer einzelplanübergreifenden Beratung des Haushalts.

Ferner erkundigt sich der Abgeordnete, ob die Landesregierung es unter zeitlichen Aspekten für wahrscheinlich erachte, in die Haushaltsberatungen noch das operationelle Programm bezogen auf die Ziel-2-Mittel einfließen lassen zu können.

Zur „Ausfinanzierung“ der im Jahre 2007 noch nicht abgewickelten Projekte verweist der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, auf die n+2-Regelung, die es erlaube, die in 2006 zur Verfügung stehenden Mittel bis 2008 abzurufen.

Die Staatskanzlei werde sich um die gewünschte Transparenz in der Ausweisung der Fördermittel für die Jahre 2000 bis 2006 beziehungsweise 2007 bis 2013 bemühen und hoffe auf die zur Erarbeitung einer solch aufschlussreichen Auflistung erforderliche Kooperation der einzelnen Ressorts.

In seiner Eigenschaft als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen im Ausschuss der Regionen teilt **Vorsitzender Werner Jostmeier** die auf der gestern und vorgestern durchgeführten Tagung der Fachkommission für konstitutionelle Fragen und Regieren in Europa - CONST - getroffene Entscheidung mit, sich 2007 zu ihrer jährlich einzigen auswärtigen Sitzung vom 1. bis zum 3. Mai in Münster zu versammeln, und zwar am 3. Mai zu ihrer internen Sitzung, am 2. Mai zu einem Seminar über Teil 2 des Verfassungsvertrages, also zu den Werten und Grundsätzen, um damit zur Wiederbelebung des Verfassungsprozesses beizutragen.

Betreffend die Landeszentrale für politische Bildung stehen für **Wolfram Kuschke (SPD)** nicht einmal die verminderten Haushaltsansätze - eine größere Veränderung als jetzt von 2006 auf 2007 habe von 2005 auf 2006 stattgefunden - im Mittelpunkt, sondern die SPD-Fraktion interessiere vielmehr, ob sich - insbesondere eingedenk der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die rechte Szene - zumindest in groben Kategorien eventuelle Veränderungen der inhaltlichen Schwerpunkte beschreiben ließen. Damit verbinde sich die Frage, inwieweit gegebenenfalls zusätzliche Angebote durch

Umschichtungen der Mittel erreicht werden könnten beziehungsweise sie Mittelverstärkungen notwendig machten.

RAng Barbara Duncke (Stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung) teilt mit, die Einrichtung verfasste gerade gemäß der Bitte des Abgeordneten Edgar Moron für den Hauptausschuss eine in Kürze fertig gestellten Bericht zu dem Thema „Rechtsextremismus und Auswirkungen für die politische Bildung“.

Die Landeszentrale habe immer versucht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, die politische Kultur in Nordrhein-Westfalen zu stärken und Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges Angebot von Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien zu unterbreiten. Dabei setze sie von Jahr zu Jahr unterschiedliche Akzente, so in 2006 den Akzent „Landesjubiläum“. 2007 werde sie sich gezielt den Komplexen „Demokratische Grundwerte als unmittelbarer Orientierungsrahmen für politische Bildung“ und „Europäischer Einigungsprozess“ widmen. Die Einzelheiten befänden sich noch in der internen Abstimmung.

Inhaltliche Schwerpunkte bildeten auch die Themen „Demokratieentwicklung im Allgemeinen“, „Integration“ und „demographischer Wandel“. Die Landeszentrale für politische Bildung werde in 2007 zusätzliche Angebote zum „Aktionsplan Integration“ vorhalten.

Carina Gödecke (SPD) geht unter dem Eindruck der gestrigen Weiterbildungskonferenz im Landtag auf die Mittel, die die Landeszentrale für politische Bildung an Stiftungen und andere Träger der politischen Weiterbildung weiterleite, und auf die WBG-geförderte Weiterbildung ein. Sie bitte Landeszentrale und Landesregierung, die additiven oder kumulativen Effekte in diesem Bereich der politischen Bildung zu erläutern, die für die Stiftungen durch die beabsichtigte Absenkung der WBG-Gelder entstünden. Dazu komme zweiten die geplante Verminderung der sogenannten Ermessens- oder Verstärkungsmittel. Das heiße: Die politische Bildung werde in Teilen doppelt getroffen, wohingegen die Landesregierung sonst eher die Argumentationsschiene fahre, die Kürzungen im WBG-Bereich würden durch die ESF-Mittel oder die Projektförderung in gewisser Weise kompensiert.

Nach Ansicht von **RAng Barbara Duncke (Stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung)** ist nicht zu verhehlen, dass die aus Gründen der Haushaltskonsolidierung notwendigen Einsparungen bei den Fördermitteln sicher für eine ganze Reihe von Einrichtungen gerade der politischen Bildung nicht einfach zu verkraften seien. So bezahlten einige Einrichtungen ihre Mitarbeiterschaft schon jetzt nicht mehr tarifgerecht etc. Diese Entwicklungen ließen sich allerdings schon einige Jahre verzeichnen.

Und es treffe zu: Neben den WBG-Mitteln erführen auch die Ermessensmittel eine Absenkung, jedoch in 2007 nur im Bereich der politischen Stiftungen, die ihres Erachtens diese Verluste aber bis zu einem gewissen Grade eher als andere Träger kompensieren könnten.

Diese Situation gebe allerdings Anlass zu der Befürchtung, dass das Angebot der politischen Bildung eingeschränkt werden müsse.

Für die übrigen Einrichtungen, die Projektmittel der Landeszentrale erhielten, werde der Haushalt überrollt.

Die Rednerin macht auf die sehr unterschiedlichen Strukturen der Einrichtungen aufmerksam: Neben sehr großen Trägern wie beispielsweise dem DGB-Bildungswerk und der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben ständen kleinere Einrichtungen und Einrichtungen mit eigenen Heimvolkshochschulen; letztere mit einer besonderen Art von Schwierigkeit, die man insofern berücksichtigt habe, als seit drei Jahren die Förderung durch Projektmittel nicht mehr auf die Einrichtungen, die zu 100 % politische Bildung durchführten, konzentriert werde, sondern auf die, die dies zu 75 % täten, um Einrichtungen der politischen Bildung Möglichkeiten zu eröffnen, in der berufsbezogenen Bildung Geschäftsfelder zu suchen, um die Einnahmeausfälle auf dem Feld der politischen Bildung zu kompensieren.

Sie biete an, die Abgeordneten über Details in einem schriftlichen Bericht zu informieren.

Nach Ansicht von **Carina Gödecke (SPD)** sollte das Landesparlament, in diesem Falle der Hauptausschuss, seine Verantwortung für politische Bildung auch außerhalb der Haushaltsberatungen wahrnehmen.

Den avisierten Bericht halte sie für eine hervorragende Grundlage, sich einmal mit den sehr unterschiedlichen Einrichtungen der politischen Bildung, deren sehr unterschiedlichen Angebotsprofilen, Aufgaben und Zielgruppen zu beschäftigen, um sich zu vergewissern, welchen Stellenwert die Landespolitik der politischen Bildung im Moment zumesse, und herauszuarbeiten, welchen Stellenwert die politische Bildung nach Meinung der einzelnen Abgeordneten einnehmen müsse. Dies erachte sie eingedenk des Verfassungsschutzberichtes, der Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes und dem Erstarren der rechten Kräfte in einigen Teilen der Bundesrepublik als zwingend notwendig.

Markus Töns (SPD) betont die Wichtigkeit, sich mit dem Thema „politische Weiterbildung“, insbesondere den einzelnen Einrichtungen und deren Effektivität, anhand einiger Zahlen zu befassen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wendet sich Kap 02 110, Titel 547 00 zu und bezeichnet die Auslagerung des Bereiches Empfang/Zugangskontrollen und Telefonzentrale an ein externes Wachunternehmen als nicht nachvollziehbar, da sich die Bilanz dadurch vielleicht an der einen Stelle etwas freundlicher gestalte, an der anderen aber neue Ausgaben entstünden.

Der **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer**, erläutert, die Fremdvergabe der Aufgaben „Empfang/Zugangskontrolle, Telefonzentrale“ ermögliche es den damit jetzt zusätzlich befassten Mitarbeitern, sich wieder auf ihre eigentliche

Zuständigkeit im Assistenzbereich zu konzentrieren, was angesichts der verstärkten Aktivitäten der Landesvertretung unabdingbar sei. Insgesamt bedeute dies auch einen Schritt in Richtung der angestrebten effizienteren Arbeit der Landesvertretung.

3 Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten - Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2478

- Verfahrensvereinbarung

(vom Plenum am 13. September 2006 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung unter anderem an den Hauptausschuss überwiesen)

Vorsitzender Werner Jostmeier teilt mit, der federführende Wirtschaftsausschuss werde sich abschließend am 7. November mit dieser Thematik auseinandersetzen. Da er nicht davon ausgehe, dass es dem Hauptausschuss gelingen werde, einen zusätzlichen Sitzungstermin zu finden, schlage er vor, sich an der genannten Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu beteiligen.

Wolfram Kuschke (SPD) erinnert an die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses von seiner Fraktion formulierten Anforderungen an eine ordnungsgemäße Beratung, zu denen eine Auswertung der Anhörung, das Protokoll etc. gehörten. - Dies werde gewährleistet, erwidert der **Vorsitzende**. Im Übrigen wäre es denkbar, dass der Hauptausschuss zehn Minuten vor der Sitzung des Wirtschaftsausschusses zusammenkäme, um zu votieren.

4 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR)

Vorlage 14/680

Vorsitzender Werner Jostmeier ruft in seiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses der Regionen die Verständigung darüber ins Gedächtnis, an dem zweiten Probelauf als Landtag Nordrhein-Westfalen teilzunehmen, bedankt sich bei Landtagspräsidentin van Dinther für deren positive Entscheidung und bei der Staatskanzlei sowie Minister Breuer für deren angekündigte Unterstützung.

Der zweite Testlauf diene zur Erprobung des Netzwerkes des AdR, unter anderem dazu herauszufinden, ob die von der Europäischen Union vorgegebene Frist von sechs Wochen zur Subsidiaritätskontrolle ausreiche oder zu Schwierigkeiten führe und, wenn ja, zu welchen, zweitens dazu, die Mitwirkung bei der Formulierung von Richtlinien der Europäischen Union zu praktizieren, und drittens dazu festzustellen, in welcher Weise die